

ausgestrahlt

gemeinsam gegen atomenergie



Anti-Atom-Treck
start: 29.8.
im Wendland

MAL RICHTIG
ABSCHALTEN

Anti-Atom-Demo
// 13 Uhr Berlin (Hbf) //

istag 2 Mittwoch

Freitag 5 Samstag 6 Sonntag

September

MAL RICHTIG ABSCHALTEN!
ATOMKRAFT NEIN DANKE!
DEMO BERLIN
5. SEPTEMBER 2009
www.anti-atom-treck.de

Zum 5.9. auf nach Berlin!

Die Großdemo gegen Atomkraft wird nur ein Erfolg, wenn Du dazu beiträgst

Die Zeit der Entscheidung rückt näher: In diesem Herbst werden wir beeinflussen können, ob endlich Atomkraftwerke abgeschaltet werden und so der Weg frei wird für den weiteren Ausbau der Erneuerbaren Energien – oder ob in diesem Land weiter auf Atomenergie gesetzt wird.

Entschieden wird dies nicht einfach mit der Bundestagswahl am 27. September. Denn im Fünf-Parteien-System kann es gut sein, dass Parteien mit unterschiedlichen atompolitischen Positionen miteinander koalieren. Wesentlich wird also die Zeit der Koalitionsverhandlungen nach der Wahl.

Die Atomlobby macht Druck, will mit allen Mitteln Laufzeitverlängerungen für ihre Reaktoren durchsetzen. Die Anti-Atom-Bewegung hält spätestens seit den Protesten rund um den letzten Castor-Transport nach Gorleben im November

2008 dagegen. Doch damit in den nächsten Jahren wirklich weitere Atomkraftwerke in nennenswerter Anzahl abgeschaltet werden, muss die Bewegung, müssen wir alle, noch einen Zahn zulegen.

Deshalb rufen wir Dich auf, in den nächsten Monaten gleich dreifach aktiv zu werden:

Erstens in den nächsten Wochen, um möglichst viele Menschen dafür zu gewinnen, gemeinsam am 5. September in Berlin ein unübersehbares Zeichen für einen wirklichen Atomausstieg zu setzen. Die Mobilisierung zu der Demonstration ist auch eine gute Gelegenheit, unsere Positionen zur Atomenergie überall sichtbar zu machen. In diesem Rundbrief bekommst du dafür zahlreiche Anregungen und Hilfestellungen.

Zweitens am 5. September selbst: Sorge

mit vielen anderen zusammen für eine bunte, kraftvolle, lebendige und motivierende Demo.

weiter auf Seite 2 →

Liebe Freundinnen und Freunde,

die Ferienzeit wird in diesem Jahr für uns AtomkraftgegnerInnen eine sehr aktive Zeit. Denn direkt nach dem Sommer beginnt mit der Anti-Atom-Großdemo am 5.9. in Berlin die entscheidende Phase in der Auseinandersetzung um die Zukunft der Atomenergie. Deshalb unsere Bitte: Nutzt die Angebote in diesem Rundbrief, um in Eurem Umfeld die Menschen auch und gerade in den Ferien zu informieren und zu aktivieren. Es kommt jetzt auf jede/n an!

Die Redaktion

Fortsetzung von Seite 1

Motivierend sollte der Tag in Berlin allein schon deshalb sein, weil es danach weitergeht. Stelle Dich also **drittens** darauf ein, dass Dein Engagement am 5.9. nicht endet, sondern die Auseinandersetzung danach erst richtig losgeht. Für die Zeit der Koalitionsverhandlungen planen wir weitere Protestaktionen, für die es Deine Mitwirkung braucht, damit wir alle gemeinsam erfolgreich sein können. Näheres dazu teilen wir rechtzeitig mit.

Mehr denn je leben wir heute in einer vernetzten Gesellschaft. Das betrifft einerseits die modernen Kommunikationstechnologien mit ihren vielfältigen Möglichkeiten, aber auch unsere alltäglichen Beziehungen, die oftmals mehr Menschen umfassen als noch vor einigen Jahrzehnten. Unsere Bitte an Dich: Nutze die Netzwerke, in denen Du Dich bewegst, sei es im Internet, in Organisationen, in der Nachbarschaft, auf der Arbeit oder in Freundeskreisen, um Deine Mitmenschen jetzt zu aktivieren. Umfragen zeigen, dass eine deutliche Mehrheit der Bevölkerung die Atomenergie ablehnt. Wenn davon nur ein kleiner Bruchteil in diesem Herbst aktiv wird, dann haben wir alle Chancen, die Auseinandersetzung zu gewinnen.

Die Stimmung beginnt bereits, sich zu verändern. Deutlich wird das kurioserweise am Verhalten von CDU/CSU, die in den vergangenen Wochen atompolitisch Kreide fressen. Bei sich zuspitzendem Wahlkampf werden die Aussagen zur Energiepolitik inzwischen so windelweich, dass sie schon als Vorboten künftiger schwarz-grüner Bündnisse gedeutet werden. Wirtschaftsminister Karl-Theodor zu Guttenberg (CSU) erklärte den erstaunten LeserInnen der Süddeutschen Zeitung in einem Interview, er habe generell nichts gegen den Atomausstieg, wenn es gelänge, schnell genug wirtschaftlich tragfähige Alternativen zu etablieren. Die CDU geht mit ihrem von der Basis gegen die Führungsspitze durchgesetzten Parteitagbeschluss hausieren, keine neuen Atomkraftwerke bauen zu wollen, sondern „nur“ die Laufzeitverlängerung der alten anzustreben.

Woher diese relativ moderaten Töne? Wahrscheinlich können auch die StrategInnen der Kanzlerin-Partei Umfragen



Foto: Timo Vogt / randbild

deuten. In einer Forsa-Erhebung von Mitte April haben sich nämlich 46 Prozent der Unions-AnhängerInnen für eine Beschleunigung oder Beibehaltung des Atomausstiegs ausgesprochen. Und die will man ja mit zu forschen Pro-Atom-Aussagen nicht verprellen. Letztendlich ist das auch gar nicht schwer, geht es doch aktuell nicht um Neubauten, sondern eben „nur“ um Laufzeitverlängerungen – die im Übrigen auch der Wirtschaftsminister fordert.

Weichgespülter Wahlkampf ist das eine – konkrete Überlegungen für die Zeit nach der Wahl das andere. Walter Hohlefelder, Präsident des Deutschen Atomforums, gab auf der Jahrestagung Kerntechnik im Mai in Dresden schon mal die Marschrichtung vor: „Ab dem 27. September, 18 Uhr, sind wir bereit, unsere Vorschläge auf den Tisch zu legen.“ Er wolle über einen „politischen Preis“ für die Laufzeitverlängerung verhandeln und der Branche der Erneuerbaren Energien eine „Allianz“ vorschlagen: „Wir hatten in den 70er und 80er Jahren ein politisch gewolltes enges Zusammenspiel, eine Allianz, zwischen heimischer Kohle und Kernenergie“, so Hohlefelder: „Warum sollte dies heute auf der Basis des politischen Preises nicht auch zwischen Erneuerbaren, Effizienzanstrengungen und der Kernenergie möglich sein?“ Einen Teil der Zusatzgewinne aus einer Laufzeitverlängerung will die Atomwirtschaft angeblich für den Ausbau Erneuerbarer Energien zur Verfügung stellen.

Glücklicherweise reagierte die Branche der Erneuerbaren Energien eindeutig ablehnend auf dieses vergiftete Angebot (siehe auch Interview auf Seite 3). Zur Schlüsselfrage im aktuellen Ringen um die zukünftige Energiepolitik wird immer

mehr, welche Sichtweise vom Verhältnis der Erneuerbaren zur Atomenergie sich in der Öffentlichkeit durchsetzt: Auf der einen Seite steht die Lesart der Atomlobby, die die Laufzeitverlängerung als zusätzlichen Anschlag für den Ausbau der Erneuerbaren verkaufen will. Auf der anderen Seite steht die reale Entwicklung der letzten Jahre, in der neue und alte Energieformen immer stärker in Konkurrenz zueinander stehen. Eine Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke würde den weiteren Ausbau der Erneuerbaren massiv ausbremsen. Es geht also in diesem Jahr um eine umfassende energiepolitische Richtungsentscheidung.

Interessanterweise bilden die Parteien, die zur Bundestagswahl antreten, die Stimmung der Bevölkerung in ihren atompolitischen Programmen nicht vollständig ab. In der schon genannten Forsa-Umfrage spricht sich nämlich ein Anteil von 35 Prozent für eine Beschleunigung des Tempos beim Atomausstieg aus, weitere 31 Prozent wollen, dass der Ausstieg so wie beschlossen umgesetzt wird. Doch selbst SPD und Grüne, die ja mit Anti-Atom-Parolen in den Wahlkampf ziehen, wollen nur das bestehende Atomgesetz beibehalten. Das kann in Koalitionsverhandlungen nach hinten losgehen, wenn dann Parteien am Tisch sitzen, die unbedingt Laufzeitverlängerungen durchsetzen wollen.

Die Demonstration am 5. September in Berlin soll beide Lager sichtbar machen: Die 31 Prozent, die den aktuellen Ausstiegsfahrplan verteidigen wollen, aber auch die 35 Prozent, denen das viel zu lange dauert. Egal, zu welcher dieser beiden Gruppen Du dich zählst: **Wir zählen auf Dich!**

Jochen Stay

„Der Atomausstieg ist Teil unserer Investitionsbedingungen“

Björn Klusmann, Geschäftsführer des Bundesverbands Erneuerbare Energien, über die Investitionsbremse Atomkraft und die dubiosen Offerten der Atomindustrie

Der Präsident des Deutschen Atomforums, Walter Hohlefelder, wirbt neuerdings für eine „Allianz“ zwischen Atomkraft und Erneuerbaren Energien. Ein attraktives Angebot?

Björn Klusmann: Nein. Das ist der verzweifelte Versuch, Verbündete für eine Energiepolitik von Gestern zu finden. Dafür stehen wir aber nicht zur Verfügung. Die Betreiber der Atomkraftwerke sehen die Bundestagswahl Ende September als ihre letzte Chance, den „Atomkonsens“ aufzukündigen. Davor können wir nur warnen.

Längere Laufzeiten für Atomkraftwerke behindern den Ausbau der Erneuerbaren Energien.

Das sagen jetzt Sie!

Die Atomindustrie sagt das selbst. EdF und E.ON haben in einer Anhörung der britischen Regierung zur Energiepolitik gesagt: Wir bauen keine neuen Atomkraftwerke, wenn der Anteil der Erneuerbaren Energien über 30 Prozent hinausgeht. Weil das dann nicht zusammenpasst.

Warum nicht?

Das ist ein technisches Problem. Erneuerbare Energien müssen ergänzt werden mit sehr flexiblen Kraftwerken. Atomkraftwerke können aber nicht so flexibel reagieren. Wir werden uns sehr schnell in die Quere kommen.

Wie schnell?

Es gibt bei uns jetzt schon Zeitpunkte, zu denen fast die gesamte Nachfrage durch Erneuerbare Energien gedeckt wird: wenn viel Wind weht und wenig Strom gebraucht wird. Da müssten dann eigentlich alle anderen Kraftwerke herunterregelt werden. Wenn wir in ein paar Jahren nicht mehr nur 15, sondern schon 47 Prozent unseres Stroms aus Erneuerbaren Energien beziehen, wird das fast ein Dauerzustand werden.

Was bedeutet das?

Man muss dann entweder die Erneuerbaren Energien einschränken, ...

... also etwa Windkraftanlagen abschalten, obwohl Wind weht!?

Genau. Oder man muss die Atomkraftwerke herunterfahren. Das aber, wie gesagt, geht technisch gar nicht oder nur auf Kosten der Sicherheit. Übrigens geht es auch nicht bei großen Kohlekraftwerken. Wenn also jemand meint, zusätzliche Kohlekraftwerke fördern zu müssen, dann ist das genauso falsch. Der Bedarf an Grundlastkraftwerken, die kontinuierlich die gleiche Menge Strom erzeugen, geht zurück, je mehr flexible Erneuerbare Energien am Netz sind. Künftig gilt es nur noch, aufzufüllen zur Nachfrage. Grundlastkraftwerke braucht es nicht mehr.

Das Erneuerbare-Energien-Gesetz (EEG) enthält eine Vorrangregelung für Ökostrom: Stromanbieter müssen ihn zuerst abnehmen, vor Kohle- und Atomstrom. Wo also ist das Problem?

Eine Verlängerung der Laufzeiten der Atomkraftwerke ist nur machbar, wenn der Vorrang der Erneuerbaren Energien eingeschränkt wird. Man kann sich an einer Hand abzählen, dass das die nächste Forderung der Atomkraftwerks-Betreiber sein wird.

Die Atom-Konzerne locken mit Geld, das sie für den Ausbau der Erneuerbaren Energien spendieren könnten, wenn sie dafür ihre Atomkraftwerke länger betreiben dürften.

Das ist ein sehr durchsichtiges Angebot. Wir sind nicht käuflich. Davon abgesehen mangelt es uns nicht an Investoren. Viele haben ein großes Interesse, in Erneuerbare Energien zu investieren. Wir kriegen jedes Jahr mehr Megawatt ans Netz als jede andere Technologie.

Björn Klusmann ist Geschäftsführer des Bundesverbands Erneuerbare Energien (BEE). Der Branchenverband ruft mit auf zur großen Anti-Atom-Demo am 5. September in Berlin.



Foto: BEE

Hätte man nicht mit längeren AKW-Laufzeiten mehr Zeit für den Ausbau der Erneuerbaren Energien?

Wir brauchen überhaupt nicht mehr Zeit! Die Erneuerbaren Energien können den Atomausstieg mehr als kompensieren. Was wir brauchen, ist vor allem ein verlässlicher Rahmen. Der Ausstieg aus der Atomkraft gehört da unbedingt dazu. Er ist Teil der Investitionsbedingungen unserer Branche. Deswegen ruft der Bundesverband Erneuerbare Energien auch zur Teilnahme an der großen Anti-Atom-Demo am 5. September in Berlin mit auf.

Der „Atom-Konsens“ von 2000 hat die Laufzeiten für Atomkraftwerke begrenzt. Welche Folgen hätte ein Aufweichen oder Aufheben dieses Vertrages?

Es würde zu einer erheblichen Verunsicherung in unserer Branche beitragen. Es wäre ein Signal: Wir brauchen euch erst viel später. Das wäre industriepolitisch fatal, weil wir jetzt weltweit erleben, dass ganz viele Länder auf Erneuerbare Energien setzen – und zwar real. Darunter zum Beispiel die USA, ein riesiger Markt. Davon können auch deutsche Unternehmen profitieren. Wir rechnen mit 220.000 weiteren Arbeitsplätzen bis 2020. Aber natürlich nicht, wenn wir hier die Energiewende abbremsen und wieder auf die Technik von gestern setzen.

■ Interview: Armin Simon

Anti-Atom-Kurzmeldungen

DGB für Erkundungsstopp im Salzstock Gorleben

Der Deutsche Gewerkschaftsbund (DGB) in Niedersachsen und Sachsen-Anhalt fordert, das geplante Atommüllendlager in Gorleben nicht weiter zu erkunden. Das 2010 auslaufende Moratorium müsse verlängert werden, bis andere Endlager-Standorte untersucht worden seien. Länger Laufzeiten für Atomkraftwerke lehnt der DGB ab, weil damit die Atommüllmengen noch weiter zunehmen.



Jeder Tausendste darf Krebs bekommen

Wie sicher muss ein Endlager sein? Diese Frage hat das Bundesumweltministerium jetzt beantwortet: Als „sicher“ soll ein Endlager demnach selbst dann noch gelten, wenn jeder 1.000. Anwohner nachfolgender Generationen einen schwerwiegenden Gesundheitsschaden durch freigesetzte Radionuklide erleidet, also etwa an Krebs erkrankt. Das Papier geht davon aus, dass der Atommüll aus dem Endlager nach und nach wieder austritt, verteilt über große Gebiete und über Zeiträume von mehreren Zehntausend Jahren. Damit wären insgesamt sehr viele Menschen vom Krebsrisiko betroffen. Im Bundesanzeiger veröffentlicht und damit bindend sind die Kriterien noch nicht.

AKWs sorgen für Abschaltung von Windrädern

Dass Atomkraftwerke und Erneuerbare Energien nicht zusammenpassen, ist bekannt. In Spanien gab es dafür im April ein besonders drastisches Beispiel. Wegen der Wirtschaftskrise sank der Stromverbrauch. Die Folge: Weil die Atom- und Kohlekraftwerke sich nicht regeln lassen, schalteten die Netzbetreiber regelmäßig die Windkraftanlagen ab. Ähnliche Situationen drohen auch in Deutschland (siehe Interview Seite 3).



Bilder: Wikimedia Commons

Armbrust und Extrawurst

Weil ihm die umständlichen Eingangskontrollen zu lästig waren, erließ der Chef der EnBW-Atomkraftwerke im Mai 2006 eine „vorläufiger Dienstweisung“. Für ihn und seinen Fahrer sollten „ab sofort ... sämtliche Kontrollmaßnahmen ... entfallen“. Erst nach einem anonymen Hinweis schritt die Atomaufsicht ein: Ende der Extrawurst. Sonderlich streng waren die Einlasskontrollen danach allerdings nicht. Das Umweltministerium in Stuttgart sah sich jetzt erneut genötigt, EnBW zu rügen. Personen konnten das AKW Philippsburg selbst mit Kisten und Paketen nahezu unkontrolliert betreten. Ein Mitarbeiter brachte sogar seine Armbrust mit aufs Gelände und veranstaltete dort Schießübungen.

Banker kritisieren RWE wegen Atomkraftwerk

Harsche Worte wegen seiner Pläne zum Bau eines AKW im erdbebengefährdeten Belene (Bulgarien) muss sich RWE nun auch von Großaktionären anhören. Auf der Aktionärsversammlung kritisierte der Vertreter der Union Investment Gruppe, die 4,5 Millionen Aktien der RWE AG hält: „Die Beteiligung an diesem Kraftwerk ist unverantwortlich (...) Dass es das RWE-Management überhaupt erlaubt, dass der Konzernname in einem Atemzug mit dieser tickenden Zeitbombe in Verbindung gebracht werden kann, ist nicht nachvollziehbar.“

Milliarden für Verglasung der Karlsruher Atomsuppe

44.000 Euro kostet die Verglasung eines einzigen Liters der hochradioaktiven „Atomsuppe“ aus der Wiederaufarbeitungsanlage Karlsruhe (WAK). Bis 1991 wurden dort abgebrannte Brennelemente aus deutschen Reaktoren verarbeitet. Insgesamt lagern in der WAK 66.000 Liter der hochradioaktiven Flüssigkeit, die stets gerührt und gekühlt werden muss, damit sie nicht explodiert. Von den mindestens 2,63 Milliarden Euro, die die Verglasung kostet, zahlen die Atomkonzerne gerade einmal 740 Millionen Euro. Die Glaskokillen sollen in Castor-Behälter gepackt und einige Jahre im Zwischenlager Lubmin abgestellt werden. Nach Ansicht der WAK-Betreiber ist die Entsorgung damit „gelöst“.

Landesbank: Solarstrom bald konkurrenzfähig

Schon ab dem Jahr 2012 kann Solarstrom vom Dach in Deutschland billiger sein als der Strom aus der Steckdose. Und im Jahr 2020 wird es sogar billiger sein, CO2 durch Fotovoltaik zu vermeiden als durch Abtrennung des Abgases in Kohlekraftwerken (CCS). Das prognostizierte jetzt die Landesbank Baden-Württemberg in ihrer „Branchenanalyse Photovoltaik 2009“. Die Analysten rechnen mit starken Preissenkungen der Solarmodule in den kommenden Jahren.

Gericht verbietet Atommüll-Lager

Die Firma Nuclear Cargo Service (NCS) darf kein weiteres Atommüll-Zwischenlager in Hanau errichten. Das entschied das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig. Hanau, einst Standort mehrerer Brennelemente-Fabriken und uranverarbeitender Betriebe, ist bemüht, das Image vom „Atomdorf“ loszuwerden. Allerdings stehen noch zwei Zwischenlager auf der Gemarkung.

Merkel ignorierte Gefährlichkeit von Atommüll

Wissenschaftler haben Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) in ihrer Zeit als Bundesumweltministerin 1996 explizit davor gewarnt, das DDR-Endlager Morsleben weiter zu nutzen: Beim Eindringen von Wasser in das Bergwerk könne der Atommüll das Trinkwasser verseuchen. Das berichtete das TV-Magazin „Panorama“. Merkel ordnet dessen ungeachtet an, „weiterhin kostengün-

stig Atommüll aus Westreaktoren ins Endlager Morsleben in Sachsen-Anhalt zu verkippen“. Zuständiger Abteilungsleiter Merkels war der spätere E.ON-Chef Walter Hohlefelder, heute Präsident des Deutschen Atomforums. Morsleben ist einsturzgefährdet, die Sanierung kostet die SteuerzahlerInnen mehr als zwei Milliarden Euro.



Foto: www.bfs.de

Finanzkrise: Geld für AKW-Entsorgung ist futsch

Für den Abriss von Atomkraftwerken müssen in der Schweiz und in den USA möglicherweise die Allgemeinheit aufkommen. Die Fonds zum Rückbau der Schweizer Atomkraftwerke haben 2008 wegen der Finanzkrise ein Fünftel ihres Werts verloren. In den USA haben die führenden Energiekonzerne zudem für jedes vierte AKW viel zu geringe Rücklagen gebildet. AtomkraftgegnerInnen waren seit langem, dass auch die Rücklagen der deutschen Stromkonzerne nicht sicher sind.



Foto: www.anti-atom-aktuell.de

Atomkraftwerke ohne Kontrolle

Mehrere Atomaufsichtsbehörden haben vor Sicherheitsproblemen gewarnt. Die chinesische Atomaufsicht räumte ein, sie sei schwach und überfordert. Zudem sei schon die Lagerung der bisher angefallenen Atomabfälle „nicht vollständig unter Kontrolle“. Die Internationale Atomenergie-Agentur warnte vor der „besorgniserregenden Kombination von alten Reaktoren, von Betreibern, die schlecht geführt werden, oder unterfinanzierten und schwachen Aufsichtsbehörden“. Die russische Atomaufsicht attestierte ihren AKWs ein „niedriges Sicherheitsbewusstsein“ und „schwache Kenntnis“ verschiedener Normen und Regeln.

Freispruch für luftigen Protest

Ein geheimer Uranmüll-Transport aus der Urananreicherungsanlage Gronau musste Mitte Januar einen unfreiwilligen Stopp einlegen. Eine Atomkraftgegnerin hatte sich von einer Brücke bei Münster abgeseilt. Der Richter sprach sie frei: Sie habe außerhalb des Lichtraums der Bahnanlage demonstriert, das sei nicht strafbar. Ziel des Zuges war eine Atomanlage in Russland. Im Juni konnten die UmweltschützerInnen aus Russland und

Deutschland einen gemeinsamen Erfolg verbuchen: Die staatliche russische Atomindustrie Rosatom erklärte, die Verträge zur Lieferung von angereichertem Uran in Form von Uranhexafluorid aus Deutschland und Frankreich liefen 2009 und 2010 aus und würden nicht verlängert.

Stromkonzerne bei Ökostrom weit hintendran

Erneuerbare Energien spielen bei den Atomkonzernen nach wie vor nur eine marginale Rolle. Eine Greenpeace-Studie zeigt: Die 2-20 % Ökostrom bei RWE, E.ON, Vattenfall und EnBW (2007) stammen zum größten Teil aus alten Wasserkraftanlagen. Betrachtet man nur die neu errichteten Anlagen, verringert sich der Anteil auf ganze 0,1

Politik macht Wissenschaft

Gegen den Standort Gorleben als mögliches Endlager für hochradioaktiven Atommüll hatten selbst die staatlichen Endlager-Experten von Anfang an Bedenken. Professor Helmut Röthemeyer, der für die Endlagersuche verantwortliche Abteilungsleiter bei der Physikalisch-Technischen Bundesanstalt (PTB), kam 1983 nach einer Vielzahl von Probebohrungen zu dem Schluss, dass das von einer eiszeitlichen Rinne durchzogene Gestein über dem Salzstock Gorleben nicht in der Lage sei, „Kontaminationen auf Dauer von der Biosphäre zurückzuhalten“. Seine Kollegen und er wollten daher die zusätzliche Erkundung anderer Standorte empfehlen. Die CDU/FDP-Bundesregierung intervenierte, auf ihren Druck verschwand die Empfehlung dann aus dem Gutachten. Über die Unterredung mit den Regierungsvertretern sagte Röthemeyer: „Ich habe ansonsten nie wieder ein solches Gespräch geführt in meinem ganzen Leben.“ Die CDU/FDP-Landesregierung in Niedersachsen verweigert unterdessen die Veröffentlichung der 32 Jahre alten Kabinettsprotokolle über die Entscheidung für den Endlagerstandort Gorleben.

bis 1,7 %. Bundesweit lag er damals - ohne Wasserkraft - bei 10,8 %, fast ausschließlich aufgrund der Investitionen von Privatpersonen und kleinen Firmen. E.ON will künftig 9,5 % seiner Investitionen in Erneuerbare Energien stecken, RWE 15 %, Vattenfall 17 %. Fünf bis zehnmal soviel soll in neue Kohle- und Atomkraftwerke fließen.

Nuklearer Kolonialismus

Das neue Eldorado der Uranbergbau-Konzerne heißt Afrika



Rössing Uran-Mine in Namibia, Foto: Günter Wippel

Eine siebenköpfige Delegation aus Namibia, Niger, Tansania, Malawi und den USA reiste im Mai durch Deutschland, um über die desaströsen Folgen des Uranabbaus in ihren Ländern zu berichten: „unerklärliche“ Krankheiten, Todesfälle, Umweltzerstörung, ...

Noch kommt der größte Teil des Urans aus Australien, Kanada und Kasachstan. Doch Bergbaukonzerne arbeiten fieberhaft daran, neue Vorkommen zu erschließen, vor allem in Afrika.

In Ländern wie Namibia gibt es bis heute keine Strahlenschutz-Gesetze. In Niger und anderen fehlen die Kapazitäten, sie durchzusetzen. Eine effektive Überwachung der Uranabbauunternehmen können sich die Regierungen schlicht nicht leisten.

Als in den 1970er Jahren Gewerkschaften, Umweltorganisationen und Aborigines den Uranabbauunternehmen in Australien das Leben schwerer machten, verkündeten diese, man würde lieber nach Kanada gehen und dort – unter zwar technischen schwierigeren, politisch aber günstigeren Bedingungen – Uran abbauen. Es folgten ein Dutzend Uranminen in Kanada. Inzwischen müssen die Minenbetreiber in manchen Ländern beträchtliche Rücklagen für die Sanierung der Abfallhalden bilden. Die Bestimmungen seien „too sophisticated“, zu kompliziert geworden, bekannte ein Ex-Mitarbeiter – da gehe man lieber nach Afrika ...

In Niger, Namibia und Gabun wird schon seit vielen Jahren Uran abgebaut. Nirgendwo gab es anfangs Strahlenschutzmaßnahmen. Die Arbeiter in Niger sprechen teilweise noch heute vom „Steinbruch“ – ohne jede Kenntnis von den Gefahren des Materials, mit dem sie umgehen. Jahrelang seien die Bergarbeiter in ihren Uran-staubigen

Arbeitskleidern nach Hause gegangen, berichtet Almoustapha Alhacen, Vizebürgermeister der Uranarbeiterstadt Arlit und selbst seit 20 Jahren in der dortigen Uranmine beschäftigt. Die Frauen hätten die Kleider von Hand gewaschen. So kam die radioaktive Verseuchung in die Häuser, kontaminierte die ganze Familie. Dasselbe berichten Arbeiter der Rössing-Mine in Namibia – einen halben Kontinent und eine Sprachzone entfernt.

Schutzkleidung und Dosimeter (nur für ganze Arbeitergruppen) wurden in Niger erst nach der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl ausgegeben. Die Rössing-Mine verbesserte ihren Strahlenschutz erst, nachdem Bergarbeiter vor Gericht gezogen waren.

In Arlit starben Alhacen zufolge in den Jahren 1998-2000 auffällig viele Uranarbeiter an „unerklärlichen“ Krankheiten, manchmal zwei oder drei am Tag. Die offiziellen Erklärungen lauteten „AIDS“ oder Ähnliches. Bis heute ist in den Krankenhäusern keine einzige Berufskrankheit festgestellt worden: Die Klippen gehören den Uranabbauunternehmen ...

Als die Arbeiter in Niger begannen, Fragen zu stellen und sich in der Umweltinitiative „Aghir in Man“ organisierten, drohten die Uranfirmen, das Bergwerk zu schließen. Da die meisten Familien von

der Arbeit in der Mine abhängig sind, traten viele wieder aus. Die wenigen, die weiterhin nachhaken, ließen 2004 die CRIIRad, ein unabhängiges französisches Labor, die radioaktive Verseuchung messen: Der Urangehalt im Trinkwasser lag um das Zehn- bis 110-fache über den Grenzwerten der Weltgesundheitsorganisation. Millionen Tonnen radioaktives Abfallgestein liegen ungeschützt in der Umgebung. Radioaktiver Staub treibt umher, Materialien, die die Firma an Mitarbeiter kostenlos abgegeben hatte, strahlen. Umfassende unabhängige Untersuchungen gibt es nach wie vor nicht.

Ähnlich in Namibia: Viele Bergarbeiter sind krank, haben Krebs oder sind bereits verstorben. Bei einem Besuch in Namibia las uns ein Mann aus seinem Notizbüchlein 41 Namen von verstorbenen KollegInnen vor – Krebs, Leukämie, etc. Nach dem 41. hatte er aufgehört. Nicht, weil das Sterben zu Ende war, sondern weil sein Büchlein voll war und er zu traurig, ein neues anzufangen. Die Strahlenschutzbeauftragte der Mine schrieb die Erkrankungen der Rauch- und Trinksucht zu. Einsicht in die Krankenakten verweigert Rössing: Diese Unterlagen gehörten nicht den Patienten, sondern dem Arzt – der wiederum von der Mine angestellt ist.

In Malawi hat der Uranbergbau gerade begonnen, in Tansania droht er. Alarmiert von den Erfahrungen aus Niger und Namibia setzen sich Menschen auch hier heftig zur Wehr.

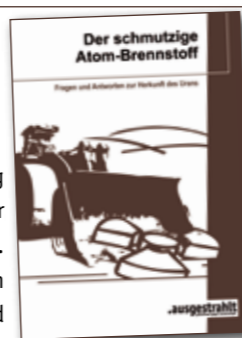
Günter Wippel
www.uranium-network.org

Jetzt neu:

Der schmutzige Atom-Brennstoff Fragen und Antworten zur Herkunft des Urans

Die angeblich „saubere“ Atomenergie erzeugt schon ganz am Anfang einen gigantischen Haufen Dreck: radioaktiven, giftigen Schlamm, der das Grundwasser bedroht, die Luft verseucht, die Bevölkerung verstrahlt. Sie hinterlässt „National Sacrifice Areas“ und fordert Zehntausende von Opfern – ArbeiterInnen, die im radioaktiven Staub von Uran-Minen und -Gruben ihre Gesundheit oder gar ihr Leben verlieren.

Ohne Uran lässt sich kein Atomkraftwerk betreiben. Doch der Preis, um den der strahlende Rohstoff aus dem Boden kommt, ist hoch. Diese Broschüre zeigt, wer ihn bezahlen muss.



Mal richtig abschalten

Informationen zum Anti-Atom-Treck und der Großdemo in Berlin am 5.9.

Am Samstag, dem 5. September, drei Wochen vor der Bundestagswahl, wird es mit der zentralen Anti-Atom-Demonstration in Berlin einen vorläufigen Höhepunkt des Protestjahres geben. Die Großdemo ist zugleich Schlusspunkt eines Traktoren-Trecks der Bäuerlichen Notgemeinschaft aus dem Wendland.

Mobilisierung

Wir werden nur dann eine große und damit politisch eindrucksvolle Demonstration in Berlin schaffen, wenn sich viele Menschen aktiv an der Mobilisierung beteiligen. Dazu bietet Dir dieser Rundbrief alle Möglichkeiten: Jede Menge Mobilisierungs-Ideen findest Du auf Seite 10. Auf Seite 14 stellen wir viele Info-Materialien vor. Und mit dem Rückmeldebogen auf Seite 15 oder im Webshop auf www.ausgestrahlt.de kannst Du Flyer, Plakate und alles andere Material bestellen, um für die Demo und den Atomausstieg zu werben.

Der Aufruf

Du kannst den Demonstrationaufruf als Einzelperson oder mit Deiner Gruppe/Organisation auf der Internetseite www.anti-atom-demo.de unterschreiben.

Der Treck

Die Demonstration am 5. September ist das große Ereignis, bei dem alle mitmachen können – der Treck von Gorleben nach Berlin führt zu diesem Höhepunkt. Viele Bäuerinnen und Bauern aus dem Wendland werden sich mit ihren Traktoren auf den Weg machen. Der Treck führt vorbei an den Atommüllkippen Asse und Morsleben sowie dem Schacht Konrad. Die Trecker werden auch ein bestimmendes Element am 5.9. in Berlin sein: Während der Demo werden sie Motivwagen ziehen und den Widerstand gegen Atomenergie so bildhaft darstellen. Initiativen und Organisationen können die Gestaltung eines solchen Motivwagens übernehmen. Meldet Euch dazu beim Organisationsbüro des Trecks unter Telefon 05841 - 961500 oder buerer@anti-atom-treck.de.

Die Demo beginnt um 13 Uhr am Berliner Hauptbahnhof und endet mit einer Kundgebung am Brandenburger Tor. Sie wird veranstaltet von einem Trägerkreis aus AG Schacht Konrad, .ausgestrahlt, Bäuerliche Notgemeinschaft (Wendland), BI Lüchow-Dannenberg, BUND, Campact, IPPNW und Robin Wood. Darüber hinaus rufen unzählige weitere Organisationen

Unterwegs und an den Stationen kann und soll der Treck begrüßt und begleitet werden:

Sa., 29. August: 14 Uhr Start in Gorleben
So., 30. August: 17 Uhr in Braunschweig, 19 Uhr bei Schacht Konrad

Mo., 31. August: bei Schacht Konrad
Di., 1. September: 10 Uhr bis abends in Wolfenbüttel

Mi., 2. September: 14 Uhr in Helmstedt Markt, 19 Uhr in Helmstedt

Do., 3. September: 9 Uhr Kundgebung in Morsleben, 12 Uhr in Magdeburg, 19 Uhr in Brandenburg

Fr., 4. September: 12 Uhr in Potsdam, abends in Berlin Aufbau der Themenwagen

Sa., 5. September: die Demonstration in Berlin!

Möglicherweise wird es weitere kleine Trecks geben, die sich unterwegs mit dem großen Treck vereinigen. Aktuelle Informationen im Internet unter www.anti-atom-treck.de.



Fahrt nach Berlin

Derzeit werden in vielen Städten Busse und sogar Sonderzüge nach Berlin organisiert. Eine aktuelle Busbörse findet sich auf www.anti-atom-demo.de. Gut ist es, wenn Du nicht wartest, ob Dein Ort auch in dieser Liste auftaucht, sondern aktiv dafür sorgst, dass auch aus Deiner Stadt/Region genügend Busse nach Berlin fahren.

und Einzelpersonen dazu auf. Der 5.9. ist also Pflichttermin für alle aktiven AtomkraftgegnerInnen in diesem Land, ob sie nah oder fern der Hauptstadt wohnen.

Regelmäßige aktuelle Infos zum 5.9. gibt es im .ausgestrahlt-Newsletter, den wir ungefähr alle zwei bis drei Wochen per E-Mail verschicken. Du kannst ihn auf unserer Internetseite kostenlos abonnieren.



BI, Campact, BUND und Robin Wood auf Sommertour

Den ganzen Sommer über werden bundesweit Mobilisierungsveranstaltungen und -aktionen für den 5.9. laufen. Die BI Lüchow-Dannenberg ist vom 5. Juli bis 1. August mit einem ganzen Reisebus „on Tour“ und kommt durch 34 Orte. Robin Wood macht unter dem Demo-Motto „Mal richtig abschalten“ vom 7. Juli bis 8. August eine Floßtour vom Main zur Donau mit 26 Stationen. Campact lässt zwischen dem 28. August und 18. September (denn der Protest endet ja nicht mit der Großdemo) einen Castor-Transport durch die Republik rollen, der in 13 Großstädten Station macht. Auch der BUND wird in vielen Städten Aktionen machen. Die Touren dieser Organisationen sind eine tolle Sache. Doch sie reichen nicht aus. Nur wenn Du vor Ort mit einigen MitstreiterInnen eigene kleine Aktionen startest, wird die Demo ein Erfolg. Dabei kann Dich .ausgestrahlt unterstützen (siehe Seite 10).

Aktuelle Informationen

zur Vorbereitung von Treck und Demo und zu den Sommertouren gibt es auf www.ausgestrahlt.de und www.anti-atom-demo.de.

Das wird ein Wiedersehen!

Wir haben gegen Atomkraft demonstriert – vor vielen Jahrzehnten oder erst neulich. Am 5. September, in Berlin, sind wir wieder mit dabei. Du auch?

Hunderttausende haben sich in den vergangenen 40 Jahren aktiv gegen Atomkraft zur Wehr gesetzt. Mit unzähligen Demonstrationen, Diskussionen und Aktionen, in Bürgerinitiativen, Anti-Atom-Gruppen und in Parteien. Du auch? Dann brauchen wir jetzt Deine Hilfe.

Der bereits beschlossene Atomausstieg steht auf der Kippe. Die Stromkonzerne wollen die Energiewende wieder stoppen. Dagegen werden wir am 5. September mit der großen Anti-Atom-Demonstration in Berlin ein deutliches Zeichen setzen.

Viele junge Menschen werden kommen. Aber das reicht nicht. Denn wir wollen sehr viele sein! Krame mal in Deinem Gedächtnis: Wer besetzte mit Dir 1975 den Bauplatz des AKW Wyhl? Wer fuhr 1979 mit Dir im großen Treck nach Hannover? Wer baute 1980 mit Dir das Hüttendorf in Gorleben? Wer stapfte 1981 mit Dir durch die Wilstermarsch um das AKW Brokdorf? Mit wem hast Du in Deiner Anti-Atom-Initiative Veranstaltungen organisiert? Wer rüttelte mit Dir 1986 am Bauzaun in Wackersdorf? Wer harnte 1997 mit Dir vor

dem Verladekran in Dannenberg aus? Wer saß mit Dir beim Castor auf den Gleisen? Eine Demo ist dann am schönsten, wenn viele Freundinnen und Freunde mit dabei sind. Mit Deiner Hilfe wird der 5.9. zu einem großen Wiedersehen: mit all den Menschen, die sich irgendwann schon einmal mit Dir gegen Atomkraft engagiert haben. Wie Du Deine MitstreiterInnen von damals wieder finden und eure gemeinsame Fahrt nach Berlin auf die Beine stellen kannst, steht unter www.anti-atom-freundInnen.de.



Foto: OSTWIND-Archiv

Gisela Wendling-Lenz, Bankkauffrau und Windkraft-Unternehmerin, hielt 1985 im Hüttendorf in Wackersdorf die Wache

Ich war damals viele Nächte draußen im Taxöldener Forst. Zuerst wollten wir die Bäume vor den Rodungsmaschinen schützen. Später, um im Hüttendorf Wache zu halten. Wir saßen am Feuer, es war Winter, und wenn wir hinter uns in den Wald schauten, sahen wir überall die weißen Helme der Polizei, die um uns herum stand und uns bewachte! Wir waren ja so furchtbar gefährlich! Meine berufliche Entwicklung ging direkt aus diesem Widerstand hervor. Die Menschen fragten uns immer:

Woher kommt denn bei euch der Strom? Und wir sagten: Aus Sonne, Wind, Wasser! Ich wollte zeigen, dass das auch geht. Inzwischen hat unsere Firma rund 400 Windkraftanlagen gebaut, in Deutschland, Frankreich und Tschechien.

Ich habe alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter auf die Demo am 5.9. aufmerksam gemacht und wir werden eine gemeinsame Fahrt organisieren. Es ist ganz wichtig, das Thema wieder aufs Tapet zu bringen. An den Gefahren der Atomkraft hat sich doch überhaupt nichts geändert! 100 % erneuerbare Energien sind möglich. Man muss nur die richtigen Wege einschlagen. Das ist eine riesige Chance, auch wirtschaftlich. Atomkraftwerke länger laufen zu lassen, verhindert dagegen genau diesen Aufbruch.



www.greenpeace-magazin.de

Karsten Hinrichsen, 66, Meteorologe, musste sich 1981 auf den Wiesen um den Bauplatz des AKW Brokdorf vor angreifenden Grenzschützern in Sicherheit bringen

Es war schon ziemlich gegen Ende der Demonstration. Ich stand gar nicht direkt am AKW, vielleicht so 500 Meter ab. Da kamen ein Dutzend riesige Hub-schrauber an, flogen direkt über unseren Köpfen, gingen auf den Wiesen nieder und spuckten Bundesgrenzschutzsoldaten aus. Die rannten hinter uns her. Ich habe mich wie im Krieg gefühlt. Diese Verfolgungen – das kannte ich schon. Aber wie klein man sich fühlt, wenn so eine Maschine dicht über einen drüberfliegt! Das war demoralisierend. Obwohl wir ja Hunderttausend waren.

be nicht 40, wie einmal geplant, sondern nur vier AKW gebaut wurden. Eines davon wird schon wieder abgerissen. Ich war sehr lange engagiert gegen Atomkraft, nur die letzten fünf Jahre habe ich mir 'ne Auszeit genommen. Derzeit kämpfen wir hier gegen vier Kohlekraftwerke und unterirdische CO₂-Deponien, also wieder – oder: immer noch – gegen eine zentralistische Energieversorgung. Das AKW behalte ich natürlich im Auge. Wegen der CO₂-Deponien gibt's bei uns fast sowas wie einen Bürgeraufstand. Inzwischen ist die Politik von ihren Plänen etwas abgerückt. Daran sieht man: Wenn die Bevölkerung sich wirklich äußert und auf die Straße geht, kann sie auch etwas bewirken. Dafür möchte ich eigentlich Mut machen: Dass wir uns wieder viel mehr zeigen. Deswegen fahre ich am 5. September nach Berlin. Wenn die Politiker wirklich spüren, dass die Leute empört sind, dann kann man sie auch zwingen.

Die Proteste haben zwar nicht ganz gereicht, das AKW zu verhindern. Aber sie haben doch dazu beigetragen, dass an der Unterel-

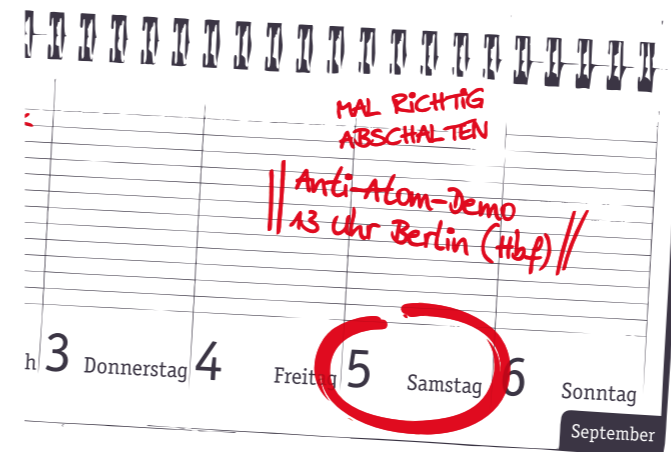


Foto: privat

Nadia Abel, 26, Agrarökonomin und Landwirtin, stoppte 2008 den Castor im pfälzischen Berg nahe Lauterburg. Der Atommüll-Zug steckte mehr als 12 Stunden fest.

Wir lagen im Versteck, ich hatte die ganze Zeit Angst, entdeckt zu werden. Dass es dann geklappt hat – das war ein voller Erfolg. Als ich abends nochmal zurückgegangen bin, war alles voller Polizei. Da wurde mir erst bewusst, was wir erreicht hatten. Die drei von uns, die sich im Betonblock angekettet hatten, haben den Atommüllzug mehr als zwölf Stunden aufgehalten. Das war ein gutes Gefühl. Weil das hieß, dass es auch in der Tagesschau kam, dass viele Leute davon erfahren haben. Wir wollten ja einen Anstoß geben, darüber nachzudenken, was bei der Atomkraft am Ende raus kommt. Gleichzeitig wollten wir zeigen, wie wichtig es ist, aktiven Widerstand zu leisten und eigenverantwortlich für die Dinge

einzustehen, die einem wichtig sind. Nicht länger zuzulassen, wie Staat und Wirtschaftslobby über unsere Köpfe hinweg entscheiden.

Ich finde, jeder ist für unsere Welt mitverantwortlich. Wir brauchen Atomkraft nicht. Sie ist gefährlich, es gibt kein sicheres Endlager, und die Konzerne, die dahinter stecken, behindern den Ausbau der Erneuerbaren Energien – obwohl die viel umweltfreundlicher sind. Wir wussten, dass es da diese Anknüpfungsmöglichkeit gibt. Also haben wir was unternommen.

Das war meine erste Aktion gegen Atomkraft, aber bestimmt nicht meine letzte. Am 5. September werde ich nach Berlin fahren. Weil es vor der Wahl nochmal wichtig ist, seinen Protest zu zeigen. Und es ist nicht viel Aufwand, im Vergleich dazu, bei so einer Blockade mitzuwirken. Ich will einfach nochmal ein Zeichen setzen und mich mit anderen Leuten, die auch aktiv sind, vernetzen. Jeder einzelne Mensch zählt.



Foto: www.60xdeutschland.de

Roland Burkhart, genannt Buki, Liedermacher und Buchhändler, besetzte 1975 mit den badisch-elsässischen Bürgerinitiativen den AKW-Bauplatz im südbadischen Wyhl

Der Bauplatz in Wyhl wurde das erste Mal an einem Dienstag besetzt. Donnerstags war die Räumung. Am Sonntag gab's eine große Demonstration. Es war der Geburtstag meines Vaters. Mein Bruder und ich sind mit ihm zusammen hingefahren, der ganze Bauplatz war voller Polizei, bis zu den Zähnen bewaffnet, drumrum Stacheldraht, und am Rheinufer die große Demo. Wir mussten früh nach Hause mit unserm alten Vater, ich dachte: Oje, die vielen Tausend Leute, alles umsonst, wir haben verloren. Ich konnte ja nicht wissen, wie auf der anderen Seite des Geländes im Wald die Leute schon mit dem „großen Spaziergang“ angefangen hatten! Und wie ich zurück in meine Studenten-WG komme, heißt es: „Wir müssen sofort raus!“ – „Ja wie, was, wo?“ – „Der Platz ist wieder besetzt! Wiedererobert!“ Und ich: sofort Schlafsack gepackt, in den proppevollen VW-Käfer rein, und wir

sind rausgefahren und haben auf dem Platz übernachtet. Ich war natürlich total glücklich. Der Bauplatz war neun Monate lang besetzt. Ich habe angefangen Lieder zu machen, in unserem Dialekt, habe für die „Volkshochschule Wyhler Wald“ noch Jahre später Veranstaltungen organisiert. Mit einigen Mitstreitern stehe ich noch immer in Kontakt. Wyhl ist nicht gebaut worden, ein riesiger Erfolg. Das beflügelt das ganze Leben.

Für mich war die Unfallgefahr das Entscheidende. Unsere Argumente bekamen wir dann ja bestätigt: Harrisburg, Tschernobyl. Aktiv sein gegen Atomkraft, das habe ich nie aufgegeben. Klar kam dann Familie, ich habe mich selbstständig gemacht, da musste ich mich schon beschränken. Aber gegen das AKW Fessenheim oder das geplante Endlager am Hochrhein war ich immer mit dabei. Eine Anti-Atom-Demo in Berlin, das ist natürlich etwas weiter. Aber mich freut, dass es jetzt wieder eine große, bundesweite Aktion gibt. Dass das jetzt wieder auflebt. Ich will auf keinen Fall, dass es einen Rollback gibt. Wenn der Atomkonsens gekippt würde, das wäre doch fürchterlich!

Du bist Bewegung

Was jede/r Einzelne tun kann, damit der 5.9. in Berlin eine große Sache wird

Eine Bewegung entsteht, wenn sich viele Menschen bewegen, beispielsweise am 5. September nach Berlin. Damit möglichst viele dabei sind, bist Du gefragt: Mit aktiver Unterstützung durch .ausgestrahlt kannst Du viel dazu beitragen, dass die Bewegung in Schwung kommt. Dabei hat die Werbung für die Demo immer auch den gewünschten Nebeneffekt, unsere Position zur Atomenergie im öffentlichen Raum sichtbar zu machen. Hier einige Ideen, was Du (auch gemeinsam mit MitstreiterInnen) tun kannst. Weitere Ideen gibt es in den nächsten Wochen immer aktuell auf www.ausgestrahlt.de und über unseren E-Mail-Newsletter.

Demoaufruf in Deiner Stadt oder Region verbreiten

Plakate, Flyer und Postkarten an Infoständen, auf Veranstaltungen, bei Deiner Arbeit, in Deiner Lieblingskneipe, Deinem Lieblingscafé, Deiner Lieblingskulturstätte auslegen, verteilen, kleben, aufhängen, Mauern und Bauzäune plakativieren - Hinweise unter www.ausgestrahlt.de, Material dort im Webshop.

Für eigene Infostände oder größere Veranstaltungen kannst Du dir ein großes Transparent mit dem Demo-Motiv bei uns ausleihen. Versüßt wird der Aufruf mit unseren Demo-Bonbons. Oben drauf die Anti-Atom-Sonne, zieht man an den Papierenden, dreht es sich um und Datum und Ort der Demo sind zu lesen.

Großplakat zur Demo in Deiner Stadt

Großplakate sind einfach riesig: Wo sonst für Zigaretten oder Banken geworben wird, können wir für jedermann/frau gut sichtbar zur Demo aufrufen und haben auch noch Platz für eine politische Botschaft. Du kennst Dich in Deiner Stadt/Region aus und kannst Dir deshalb wünschen, an welcher Plakatwand Dein Großplakat hängen soll, wenn Du (allein oder zusammen mit anderen) die Miete für die Plakatfläche spendest.

Das kostet je nach Standort zwischen 40 und 400 Euro für einen Zehn-Tage-Zeitraum. Kurz vor der Demo eine weit sichtbare Aktivierung für Fast-Entschlossene - das ist auch super, wenn Du mit Deiner Gruppe eine Fahrgelegenheit nach Berlin organisierst. Ihr könnt auf dem Plakat einen Hinweis anbringen, um die Busse voll zu kriegen.

Auf unserer Homepage gibt es Informationen zur Auswahl, wo und wann das Plakat hängen kann, zum Buchungsvorgang auf der Homepage des Großplakatierers und zur Spende.

Lass uns zusammen großartige Demowerbung machen: Du spendest die Miete, gerne auch mit anderen zusammen, und wir übernehmen die Druckkosten und organisieren alles.

Demoaufruf in die Kinos

Bewegte Bilder bewegen Menschen. Wir drehen einen Kinospot, um die Menschen nach Berlin zu bewegen. Dich bitten wir, in Deinem Lieblingskino nachzufragen, ob sie den Spot ab Anfang August vor den Filmen zeigen. Viele KinobesitzerInnen sind bestimmt auch bereit, das kostenlos zu machen, wenn sie selbst gegen Atomkraft sind. Ab Mitte Juli ist der Spot auf unserer Homepage zu sehen.

Demoaufruf ins Ohr

Bring den Demoaufruf ins Radio und auf Dein Handy. Bitte frag bei lokalen Radiosendern und offenen Kanälen, ob sie unseren Radiospot spielen. Den Klingelton fürs Mobiltelefon kannst Du ab sofort von unserer Homepage runterladen, den Radiospot wird es dort spätestens Ende Juli geben.

Demoaufruf in lokalen Zeitungen und Magazinen

Lokalteile der Tageszeitungen, regionale Wochen- und Monatsblätter, Programmagazine, thematisch passende Vereinszeitschriften, Magazine und Versendungen aus der alternativen Szene oder von Firmen aus der Ökobranchen werden erstaunlich viel gelesen, gerade wenn sie aus der Region sind. Wir bieten Dir Beileger-Flugblätter und fertige Anzeigen-Layouts in verschiedenen Größen und Formaten zum Bestellen bzw. Runterladen auf unserer Homepage an. Es wäre toll, wenn Du Beileger in lokalen Printmedien unterbringen oder eine kostenlose Freianzeige ergattern oder eine Anzeige schalten kannst.

Demoaufruf im Internet verbreiten

Bitte nutze Deine Online-Gemeinschaften wie Facebook, VZ etc. um die Demo, unseren Klingelton, den Radiospot und unseren Kinospot in Deinem weiteren Freundes- und Bekanntenkreis zu verbreiten. Kommentiere unseren Spot auf Youtube. Setze unser Demo-Webbanner auf Deine Homepage, zu finden auf www.ausgestrahlt.de

Vernetzt zur Demo

Verabrede Dich mit FreundInnen und Bekannten zur Demo und zu Infoständen, frag bei örtlichen Initiativen oder Umweltverbänden wegen Bussen nach. Möchtest Du mit anderen Rundbrief-EmpfängerInnen gemeinsame Mobilisierungskaktionen auf die Beine stellen? Dann schick uns eine Mail mit Deinen Kontaktdaten an vernetzen@ausgestrahlt.de und wir senden sie an RundbriefleserInnen in Deiner Region weiter, wenn Du uns Dein Einverständnis für die Weitergabe Deiner Daten zu diesem Zweck gibst.

Viele weitere Ideen und Tipps, wie Du alleine oder mit einer Gruppe zur regionalen Mobilisierung beitragen kannst, findest Du in einem Leitfadens, den Du bei uns bestellen oder von unserer Homepage www.ausgestrahlt.de runterladen kannst.

.ausgestrahlt stockt auf

Eigenes Büro, dritte Vollzeit-Stelle, Internet-Communities

Vor uns liegen arbeitsreiche Monate: Die Demonstration, die Bundestagswahl, die Koalitionsverhandlungen und das ganze Gerangel danach. Ob und wann endlich weitere Atomkraftwerke abgeschaltet werden, wird sich dieses Jahr entscheiden.

Dafür haben wir uns besser aufgestellt. Aus einer kleinen Büroecke haben wir ein richtiges Büro gemacht. (Die Postadresse bleibt unverändert.) Im Normannenweg in Hamburg arbeiten nun drei Hauptamtliche und bis zu drei PraktikantInnen (Bewerbungen an praktikum@ausgestrahlt.de), entwickeln Kampagnenelemente, erstellen Materialien und beantworten die zahlreichen Anfragen. Danke an all die SpenderInnen von Einrichtungsgegenständen!

Neu im Team ist Wiebke Hansen, studierte Ökonomin, zuvor unter anderem für Greenpeace tätig. Sie wird sich nun



Vollzeit dafür engagieren, dass noch mehr Menschen gegen Atomenergie aufstehen. Sie bringt unter anderem Erfahrung mit dem Social Web und Internet-Communities mit. Weiter im Büroteam arbeiten Jürgen Fahrenkrug und Stefan Diefenbach-Trommer. Jochen Stay ist als Bewegungsarbeiter zwei Tage die Woche im Büro präsent. Viel Arbeit leistet darüber hinaus das ehrenamtliche .ausgestrahlt-Team.

Um schneller und gezielter informieren zu können und um mehr Menschen zu erreichen, nutzt .ausgestrahlt nun verstärkt die bereits existierenden Netzwerke und Communities im Internet.

Über unseren **Twitter-Account** (www.twitter.com/ausgestrahlt) verbreiten wir schnelle Kurzmeldungen.

Bei den neuen Internet-Plattformen für soziale Bewegungen und Engagement sind wir präsent und stellen unsere Aktionen vor. **Der taz-Bewegungsmelder** (<http://bewegung.taz.de>) ist dabei vor allem Terminkalender, empfiehlt Orte und stellt Organisationen und Kampagnen vor. Das Greenpeace-Pendant (www.greenaction.de) steht allen AktivistInnen offen, die sich für eine lebenswerte Umwelt einsetzen.

In den allgemeinen Netzwerken wie **Facebook**, **StudiVZ** oder **Xing** ist .ausgestrahlt nicht selbst präsent. Wenn Du dort einen Account hast: Trete doch einer der Anti-Atomkraft-Gruppen dort bei oder gründe eine solche und stelle die Informationen und Aufrufe von .ausgestrahlt ein.

Unsere erfolversprechende Arbeit gegen ein Rollback in der Energiepolitik hat, neben vielen anderen SpenderInnen, auch die Bewegungsstiftung überzeugt,

uns zu unterstützen. Für die Kampagnenförderung sagen wir vielen Dank!



ATOMAUSSTIEG SELBER MACHEN JETZT EINFACH WECHSELN

Von BUND und NABU empfohlen

So einfach ist der Wechsel zu naturstrom: Sie müssen nur diesen kurzen Vertrag ausfüllen und an naturstrom senden. Alles Weitere erledigen wir.

naturstrom-Liefervertrag

VA-235

1. Ihre Lieferanschrift/Abnahmestelle

Frau Herr Firma

Vorname/Nachname/Firma _____ Straße/Hausnummer _____

PLZ _____ Ort _____ Geburtsdatum _____

Telefon _____ E-Mail _____

2. Günstiger Preis für Neukunden – Preisgarantie bis 30.06.2010!

Preis pro Kilowattstunde: 19,90 Cent pro kWh
Monatlicher Grundpreis: 7,95 Euro pro Monat

100% Erneuerbare Energien, zertifiziert nach dem Grüner Strom Label e.V., inkl. 1,25 Cent pro kWh brutto Neuanlagenförderung. **Diese Preise sind Endpreise inkl. aller Steuern und Abgaben.** Zusätzliche Kosten fallen nicht an. Dieses Angebot gilt nicht für Gewerbekunden mit einem Verbrauch von über 10.000 kWh pro Jahr. Gerne unterbreiten wir Ihnen ein individuelles Angebot.

3. Angaben zur Stromversorgung

(Die Angaben finden Sie auf Ihrem Stromzähler oder in Ihrer letzten Stromrechnung.)

naturstrom für meine jetzige Wohnung / mein jetziges Haus:

Zählernummer _____ Mein Jahresstromverbrauch/kWh _____

Bisheriger Versorger _____

Oder:

Neueinzug (Hier bitte das Datum und ggf. den Zählerstand eintragen, ab dem Sie die Stromkosten übernehmen.)

Zählernummer (ggf. nachreichen) _____ Mein Jahresstromverbrauch in kWh _____

Datum des Einzugs _____ Zählerstand (ggf. nachreichen) _____

Name des Vermieters _____

4. Auftragserteilung

Ich beauftrage die NaturStromHandel GmbH mit der Lieferung von elektrischer Energie in Höhe meines Gesamtbedarfs für die oben bezeichnete Stromabnahmestelle. Ich beauftrage und bevollmächtige die NaturStromHandel GmbH, meinen gegenwärtigen, mit dem bisherigen Stromversorger bestehenden Stromversorgungsvertrag zu kündigen und, sofern notwendig, die erforderlichen Verträge mit dem örtlichen Netzbetreiber abzuschließen.

Ich ermächtige die NaturStromHandel GmbH hiermit widerruflich, die fälligen Abschlags- und Rechnungsbeträge von folgendem Konto einzuziehen:

Name des Geldinstituts _____

Bankleitzahl _____ Kontonummer _____

Name des Kontoinhabers (Nur falls abweichend von Antragssteller)
Unsere Allgemeinen Geschäftsbedingungen (AGB) finden Anwendung. Diese sind, wie unser Stromherkunftsnachweis unter www.naturstrom.de einsehbar. Gerne senden wir Ihnen die AGB auf Anfrage auch zu.

Ort/Datum _____ Unterschrift Auftraggeber _____
Widerrufsbelehrung
Mir ist bekannt, dass ich den Vertrag innerhalb von zwei Wochen nach Vertragsunterzeichnung schriftlich widerrufen kann. Zur Fristenwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufschreibens. Der Widerruf ist zu richten an: NaturStromHandel GmbH, Mindener Str. 12, 40227 Düsseldorf.

Bitte senden oder faxen Sie diesen Vertrag an:
NaturStromHandel GmbH, Mindener Straße 12, 40227 Düsseldorf, www.naturstrom.de
Kundenservice-Center (Mo. bis Fr. von 9 bis 17 Uhr), Tel 0211-77900-444, Fax 0211-77900-599



naturstrom
ENERGIE MIT ZUKUNFT

Proteste und Aktionen gegen Atomkraft

AKW Krümmel wieder in Betrieb – nicht ohne Protest

Nur vier Tage nachdem Vattenfall beim schleswig-holsteinischen Sozialministerium beantragt hatte, das AKW Krümmel wieder in Betrieb zu nehmen, erteilte Ministerin Gitta Trauernicht (SPD) am 19. Juni die Genehmigung. Der Reaktor bei Hamburg stand seit dem verheerenden Brand Ende Juni 2007 still. Er gehört nachweislich zu den unsichersten Reaktoren der Republik. Das AKW entspricht trotz aller Reparaturen in puncto Sicherheit nicht dem Stand von Wissenschaft und Technik. Es ist nicht gegen den Absturz größerer Flugzeuge geschützt. Die Entsorgung des Atommülls bleibt ungelöst. Immer mehr Kinder im Umkreis erkranken an Leukämie. Als Neubau würde dieser Reaktor niemals

eine Genehmigung bekommen; er war schon bei seiner Inbetriebnahme konzeptionell veraltet.

Höchstrichterlichen Urteilen folgend hätte die Atomaufsicht die Genehmigung verweigern müssen. Denn die Behörden sind verpflichtet, die Bevölkerung vor den Auswirkungen schwerer Atomunfälle zu schützen. Darauf hatten in den Wochen zuvor mehr als 2.000 BürgerInnen die Ministerin mit E-Mails, Briefen und Postkarten hingewiesen, angeregt von .ausgestrahlt. Trauernicht erwiderte, dass doch jetzt immerhin die Armaturen auf dem



Stand von Wissenschaft und Technik seien. Zwar hat die Landesregierung das AKW trotz der Proteste wieder in Betrieb gehen lassen. Doch haben wir gezeigt, dass die Öffentlichkeit genau prüft, ob dem angekündigten Atomausstieg auch Taten folgen. Unter den BriefeschreiberInnen waren auch viele ParteigenossInnen der SPD-Ministerin.

Nach Redaktionsschluss dieses Rundbriefs, am 3. Juli, wollten AtomkraftgegnerInnen das AKW Krümmel aus Protest gegen das Wiederanfahren blockieren. ➔ <http://kruemmel.ausgestrahlt.de>

RWE-Agentur droht AtomkraftgegnerInnen mit Maulkorb

Schlechter hätte der Atomkonzern RWE seine Werbeagentur wohl nicht aus-suchen können: Wer bei Google nach „RWE“ sucht, findet gleich auf der ersten Ergebnisseite einen Link zu .ausgestrahlt. Dieses gute Ranking ist der RWE-Agentur Jung v. Matt zu verdanken. Sie wollte Ende März mit juristischen Mitteln gegen eine Broschüre der Umweltorganisation urgewald und .ausgestrahlt vorgehen, die wir zur Aktionswoche gegen das in Bulgarien geplante AKW Belene aufgelegt hatten. Mit „Atomstrom von RWE: teuer,

gefährlich, dreckig“ persiflierten wir eine Werbekampagne für RWE-Atomstrom.

Während RWE behauptet, sein Angebot "ProKlimaStrom" sei preiswert, deckt die Broschüre auf, dass darin zu zwei Dritteln Atomstrom steckt, der keineswegs klimafreundlich ist. Atomstrom, unter welchem Namen auch immer, bleibt gefährlich und dreckig. Und teuer dazu: RWE verlangt für seinen Dreckstrom aus längst abgeschriebenen Reaktoren sogar mehr als grüner Strom von echten Ökostrom-Anbietern kostet.

Für seine Kampagne hatte der Konzern die Pop-Band Trio engagiert ("Da, Da, Da"). Mit unserer Broschüre nahmen wir diese Motiv satirisch auf: „Wir können auch nicht singen, haben aber bessere Argumente.“ Die Werbeagentur reagierte mit einem dreiseitigen Anwaltsschreiben und behauptete, ihre Urheberrechte seien verletzt worden. Sie verlangte eine Unterlassungserklärung von urgewald – die sie nicht erhielt. Denn juristisch sind die Vorwürfe nicht haltbar. urgewald und .ausgestrahlt können sich auf die Grundrechte zum Schutz von Kunst und Meinungsfreiheit berufen.

Die RWE-Agentur drohte in ihrem Schreiben mit Schadenersatzforderungen, Strafanzeige, Anwalts- und Gerichtskosten – sie erntete eine Protestwelle im Internet. Die inkriminierte Grafik wurde hundertfach in Blogs und auf Internetseiten veröffentlicht, die Broschüre in großer Stückzahl bestellt. Inzwischen beklagen die Werbe-Juristen, sie seien zu Unrecht in ein schlechtes Licht geraten und hätten die Arbeit der Atomkraftgegner nie behindern wollen. Vertreter des RWE-Konzerns haben gegenüber urgewald eingestanden, dass sie zunächst selbst gegen die Broschüre vorgehen wollten.



Tschernobyltag: Tausende demonstrieren

Bundesweit haben an die 3.000 Menschen zum 23. Jahrestag der Tschernobyl-Katastrophe gegen die weitere Nutzung der Atomenergie demonstriert. In Krümmel (bei Hamburg), in Münster und in Neckarwestheim fanden drei große Demonstrationen statt, über die bundesweit berichtet wurde. Darüber hinaus gab es in zahlreichen Städten Veranstaltungen, Mahnwachen und Proteste. Am 26. April 1986 war ein Atomreaktor in Tschernobyl (Ukraine) explodiert. Tausende Menschen starben, die radioaktive Wolke verteilte sich über ganz Europa.



23 Jahre Tschernobyl - Demos in Neckarwestheim, Münster und Krümmel Fotos: .ausgestrahlt I, Indymedia I

Schon mehr als 75.000 Unterschriften

Die gemeinsame Kampagne von .ausgestrahlt und Campact gegen Atomkraft findet weiterhin großen Zuspruch. Bis Redaktionsschluss (25. Juni) haben bereits mehr als 75.000 Menschen die Erklärung „Atomkraft abschalten – Nein zum Ausstieg aus dem Ausstieg!“ unterschrieben. Denn sie wissen: Das Risiko von Unfällen steigt kontinuierlich. Atomkraft macht Strom nicht billig, sondern Konzerne reich. Der Atommüll strahlt unbegrenzt. Atomkraft schützt das Klima nicht. Und Strom ist auch ohne Atomkraftwerke genug da. „Den Lügen der Energiekonzerne gehen wir nicht auf den Leim.“, heißt es in der Erklärung.

Derzeit kommen jeden Tag viele Hundert UnterzeichnerInnen dazu. Bis zur heißen Wahlkampfphase im September sollen es insgesamt mindestens 100.000 werden. Dann wollen wir den Appell gemeinsam mit Campact in bundesweiten Zeitungen und mit medienwirksamen Aktionen veröffentlichen.

Unterschriftensammeln, ob unter Freundinnen und Freunden, Kolleginnen und Kollegen, bei Veranstaltungen oder auf der Straße ist übrigens auch eine gute Gelegenheit, um für die große Anti-Atomdemonstration am 5. September in Berlin zu werben. Wer mithelfen will beim Sammeln: Unterschriftenlisten mit der Erklärung senden wir gerne kostenlos zu.



Anzeige

PLATTFORM FÜR VERÄNDERUNG
Die Bewegungsplattform ist Veranstaltungskalender und alternatives Adressbuch, Ideenschmiede und Aktionsportal zugleich. Und damit einzigartig in der deutschen Netzwelt. Doch alleine sind wir zu wenige: Wir brauchen aktive Menschen, Initiativen und Organisationen, die ihre Ideen und ihr Engagement vorstellen, die teilhaben und teilen, die mitmachen.

Impressum

.ausgestrahlt
Normannenweg 17-21
20537 Hamburg
info@ausgestrahlt.de
www.ausgestrahlt.de

Spendenkonto
.ausgestrahlt
Nr. 2009306400
BLZ 430 609 67
GLS Gemeinschaftsbank

Redaktion: Stefan Diefenbach-Trommer, Jochen Stay | **Mitarbeit:** Wiebke Hansen, Armin Simon, Günter Wippel | **Layout:** www.holgermueller.de | **Druck:** Druck: Pachnicke, Göttingen. Gedruckt auf Recyclingpapier | **Vertrieb:** X-tausendmal quer Regionalgruppe Hamburg | **Auflage:** 20.000 | **V.i.S.d.P.:** Jochen Stay, Auf dem Berg 19, 29439 Jeetzel

5.9.2009
Anti-Atom-Demo
13 Uhr Berlin (Hbf)

Deutsche Post 
INFOPOST

.ausgestrahlt | Normannenweg 17-21 | 20537 Hamburg
Bei Unzustellbarkeit oder Umzug bitte Anschriftenberichtigungskarte an Absender.

Wir brauchen Deine Unterstützung jetzt

Liebe Freundinnen und Freunde

Zuerst ein großes Dankeschön an alle, die .ausgestrahlt in den letzten Monaten mit kleinen und großen Spenden unterstützt haben. Nur durch Euch ist es beispielsweise möglich, diesen Rundbrief in einer Auflage von 20.000 Exemplaren zu drucken und an AtomkraftgegnerInnen in der ganzen Republik zu verschicken. Nur durch Euch ist es möglich, das kleine Team in unserem Hamburger Büro dafür zu bezahlen, Anfragen zu beantworten, Infomaterial zu erstellen und zu verbreiten und dazu beizutragen, dass der Anti-Atom-Protest überall im Lande sichtbar wird. Jede Spende trägt zu mehr Bewegung bei. Danke!

In den nächsten Wochen und Monaten braucht es noch viel mehr Bewegung, um die Stilllegung von Atomkraftwerken durchzusetzen. Wir sind sehr zuversichtlich, dass es uns gemeinsam gelingt, den

nötigen politischen Druck aufzubauen. Dazu bereitet .ausgestrahlt eine Menge vor, wie dieser Rundbrief zeigt. Unser Ziel ist es, möglichst viele Menschen in die Lage zu versetzen, ihr Nein zur Atomkraft deutlich sichtbar werden zu lassen.

Der .ausgestrahlt-Ansatz: Es gibt unendlich viele AtomkraftgegnerInnen in diesem Land. Wir geben ihnen Motivation, Material und Ideen, damit sie aktiv werden können. Wir machen konkrete Aktions- und Mitmachangebote. Und wir wollen mit dieser Bewegung in den nächsten Monaten drei Schritte gehen:

1. Dezentrale Mobilisierung und Öffentlichkeitsarbeit den ganzen Sommer über
 2. Eine phantastische Anti-Atom-Demonstration am 5.9. in Berlin
 3. Massiver Druck während der Koalitionsverhandlungen nach der Bundestagswahl
- Wir wollen diese Auseinandersetzung ge-

winnen, damit endlich Schluss ist mit den Gefahren der Atomenergie und damit der Weg für die Energiewende frei wird.

Wenn Du wie wir davon überzeugt bist, dass der .ausgestrahlt-Ansatz nötig und Erfolg versprechend ist, dann kannst Du jetzt dazu beitragen, dass er funktioniert. Wir sind dringend auf Spenden angewiesen, damit wir ein Motor für die Renaissance der Anti-AKW-Bewegung sein können. Bitte unterstütze uns dabei! Mit Deinem Geld können wir der Atomlobby einen Strich durch die Rechnung machen. **Für Deine Unterstützung sage ich schon heute: Herzlichen Dank!**

Jochen Stay
(für das .ausgestrahlt-Team)

PS: Willst Du .ausgestrahlt regelmäßig unterstützen, was für unsere Arbeit besonders hilfreich ist, kannst Du das per Dauerauftrag oder Einzugsermächtigung (auf der Innenseite dieses Blattes) tun.

